



Bevölkerungsentwicklung:

Jeder Fünfte besitzt ausländische Wurzeln

Fast jeder fünfte Bürger Deutschlands hat Wurzeln im Ausland. Die meisten stammen aus der Türkei, aber fast ebenso viele aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Fast jeder fünfte Bürger Deutschlands hat Wurzeln im Ausland. Die meisten stammen aus der Türkei, aber fast ebenso viele aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Gut acht Prozent der 15,6 Millionen Einwohner mit Migrationshintergrund lassen sich dem Statistischen Bundesamt zufolge aber gar nicht mehr einem Herkunftsland zuordnen. "Die Einwanderungsgesellschaft wird immer vielfältiger, obgleich die Zuwanderung sinkt", sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Prof. Klaus J. Bade.

"Dieser Trend wird sich fortsetzen, denn die Zuwandererbevolkerung ist jünger und hat eine höhere Geburtenrate als die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund." Weil die Einwohner mit Migrationshintergrund im statistischen Durchschnitt insgesamt aber deutlich niedrigere Schul- und Berufsabschlüsse haben und häufiger erwerbslos sind als das Gros der Gesellschaft, fordert die Fachwelt einhellig Bildungsinvestitionen. "Mangelnde Chancengleichheit frisst den sozialen Frieden und ist damit auf Dauer auch eine Gefahr für die Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft", mahnt Bade.

Sören Petermann vom Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften stellt fest: "Der Nachwuchs deutscher Personen ohne Migrationshintergrund ist schon in der Minderheit." Gerd R. Hoff von der FU Berlin betont, diese Kinder müssten sich mit der Mehrheitsgesellschaft identifizieren. "Das tun sie nur, wenn wir ihnen die Bildungsangebote machen und nicht, wenn wir sie separieren", sagt der Fachmann für interkulturelle Erziehungswissenschaft.

Migrationsforscher Bade nennt drei Ursachen für das vergleichsweise niedrigere Qualifikationsniveau der Zuwandererbevolkerung: "Viele stammen aus dem Sozialmilieu der ehemaligen "Gastarbeiterbevölkerung" und das deutsche Bildungssystem zementiert die Vererbung der sozialen Startnachteile über Generationen hinweg." Deutschland habe zudem lange ausländische Abschlüsse und Berufserfahrungen nicht anerkannt und damit viel Potenzial verschleudert. "Nullnummern am Arbeitsmarkt aber werden zu Nullnummern in der Statistik, denn nicht anerkannte Qualifikationen laufen in der Statistik als fehlende Qualifikationen."

Erziehungswissenschaftlerin Prof. Ursula Neumann von der Uni Hamburg ergänzt: Viele Einwanderer seien daher gar nicht so niedrig qualifiziert wie es in der Statistik scheine, aber ihre Berufsabschlüsse würden bei den Kammern, Ärzten und Schulämtern nicht anerkannt. Als Beispiel nennt sie Deutsch-Lehrerinnen aus Russland oder Kasachstan. Das seit mehr als zwei Jahrzehnten überfällige "Anerkennungsgesetz" sei endlich auf den Weg gebracht, sagt Bade. "Für Hunderttausende von hoch qualifizierten Zuwanderern (...) kommt dieses Gesetz aus Altersgründen aber zu spät. Sie sind schon als Taxifahrer oder Hausmeister in Rente gegangen."

"Zum dritten sind die nach Deutschland kommenden Zuwanderer tendenziell immer noch eher gering qualifiziert", betont Bade. Er forderte die Bundesregierung auf, "das im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes von 2005 geschaffene, unzulängliche Instrumentarium zur Anwerbung von Hochqualifizierten endlich einer geschlossenen Generalrevision zu unterziehen". Der SVR habe dafür ein arbeitsmarktorientiertes Punktesystem mit einer Zuwanderungsabgabe für Arbeitgeber vorgeschlagen.

Petermann fordert Schulbildungs- und Berufsbildungskurse "im großen Maße". In Zuwanderer-Familien müsse das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung geschärft werden. Diese Familien sollten dafür frühzeitig von Menschen sensibilisiert werden, die ihre Sprache sprechen, sagt Hoff. Dringend notwendig sei zudem die Fortbildung von Erziehern, Erziehungshelfern, Ausbildern und Lehrern. Die Aufgabe sprachlicher Bildung müsse vom Kindergarten bis zur Hochschule wichtiger genommen werden, ergänzt Neumann. Jeder Fachunterricht sei auch Sprachunterricht und die Lehrer müssten darauf achten und dafür qualifiziert werden. "Das ist eine andere Sorte von Sprache als die Sprache auf dem Schulhof."